



Resolution.

Die immer weitere Ausbreitung der Grossindustrie und der mit ihr verbundenen industriellen Frauenarbeit, ebenso wie die fortschreitende Demokratisierung des Wahlrechtes in allen Kulturländern macht dessen Ausdehnung auf die Frauen immer mehr zu einer Frage von aktueller Bedeutung. Es genügt nicht mehr, dass die internationale Sozialdemokratie sich wiederholt prinzipiell für die Erringung des Frauenstimmrechtes ausgesprochen hat, sondern es tut nun dringend not, dass allerorts und besonders in den vorgeschrittensten Ländern für die politische Gleichberechtigung der Frauen eine ebenso kraftvolle und unermüdliche Propaganda entfaltet werde, wie sie für das Wahlrecht der Männer überall von den Sozialdemokraten betrieben wurde und, wo es an diesem Rechte noch fehlt, betrieben wird.

Angesichts der Tatsache, dass bürgerliche Parteien verschiedener Länder anfangen, sich dieser Forderung zu bemächtigen und das Wahlrecht der Frauen, das wir als notwendige Ergänzung des allgemeinen Wahlrechtes ansehen, als ein Privilegium der besitzenden Klassen einzuführen und so die schwererrungene Gleichberechtigung aller Volksschichten wieder zunichte zu machen, erklärt der Kongress eine erhöhte Propaganda für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter in den Kreisen der Arbeiterschaft für unaufschiebbar und er beauftragt die Bruderparteien, bei jedem sich bietenden Anlass und insbesondere während jeder Bewegung zur Ausdehnung des Wahlrechtes die Forderung nach dem Frauenstimmrecht energisch hervorzuheben. Obwohl es den Parteiorganisationen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muss, den Augenblick zu bestimmen, in welchem in den Kampf gegen die spezielle Entrechtung der Frauen mit Erfolg eingetreten werden kann, doch erklärt es der Kongress als Pflicht aller Parteiorganisationen, keine Unterbrechung in dem Wahlrechtskampf eintreten zu lassen, bis das wirklich allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen errungen ist.

Frau Schlesinger und Genossen.